

Dreitausend Wohnungen, die nun fehlen

Wie der Rat Münsters Wohnungsproblem verschärfte

Was kommunalpolitisch leise begann, endete Ende Januar mit einem Paukenschlag: Eine hauchdünne Mehrheit des Rates sprach sich gegen die Ansiedlung einer Landesbehörde aus, mit der indirekt der Bau tausender Wohnungen verbunden war. Daraus wird nun nichts. draußen!-Redakteur Michael Heß hat dafür keinerlei Verständnis.

3.000 Wohnungen plus sind passé. Nicht für immer, aber auf lange Zeit und vor allem: jetzt. Im Hier und Heute einer Stadt mit einem gravierenden Wohnungsproblem. Bezahlbaren Wohnraum zu finden ist für Einzelerziehende und junge Familien fast schon unmöglich. Endlos lang ist die Liste der Beiträge dazu in lokalen Medien. Nicht viel kürzer ist die Liste der Wortmeldungen aus der lokalen Politik zum selben Thema. Tenor: Es müsse dringend etwas getan werden. Stimmt genau!

Dennoch stimmte am 31. Januar eine Mehrheit von SPD, Grünen, LINKE, ödp und PIRATEN im Rat gegen die Ansiedlung einer ganz bestimmten Behörde in der Domstadt. Beide Punkte, der Wohnraumangel und die Ansiedlung der Behörde, sind miteinander verknüpft. Über die Millionen Flüchtlinge im Lande weiß jeder Bescheid. Die damit verbundenen Probleme müssen hier nicht erörtert werden. Jedenfalls ist es eine Jahrhundertaufgabe ohne Gewähr, dass sie gelöst werden kann. Das alles behördlich zu begleiten bedarf es einer – nun ja, einer Behörde, einer Zentralen Ausländerbehörde (ZAB). Und zwar eine für jeden der fünf Regierungsbezirke im Land NRW. Via Bezirksregierung erfolgte das Angebot der damaligen rot-grünen Landesregierung, die ZAB für den Regierungsbezirk Münster eben hier im Oberzentrum anzusiedeln. Einige hundert Arbeitsplätze hingen daran und vor allem die rund 20 Mio. Euro an Umzugskosten für die Erstaufnahmeeinrichtung des

Landes, die jetzt noch in der Gremmen-dorfer York-Kaserne (ehedem von der britischen Rheinarmee genutzt) besteht. Diese 20 Mio. Euro hätte dann das Land übernommen. Vor allem aber sollten auf dem dann frei gewordenen Kasernengelände 3.000 Wohnungen gebaut werden. Ein riesiges städtebauliches Projekt, das die Stadtplaner und die Gremmendorfer seit Jahren umtreibt.

Aus alledem wird erst einmal nichts. Der mit 35 zu 34 Stimmen gefallene Beschluss des Rates gegen die Ansiedlung einer ZAB in Münster blockiert alles gute Wollen. Unter anderem den Bau der 3.000 Wohnungen plus in einer Stadt, der geschätzt 10.000 Wohnungen fehlen. Wenigstens ist die Frage zu stellen, ob die 35 ZAB-Gegner im Rat ihr Verhalten auch denen im persönlichen Gespräch erklären, die verzweifelt eine bezahlbare Wohnung suchen. Davon ist nichts bekannt, der Ratssaal ist weit entfernt von den Anzeigen, Webseiten und Maklerbüros zum Thema.

Nach der biologischen und textilen werden Wohnungen immer wieder als „die dritte Haut“ bezeichnet. Eine menschenwürdige Existenz ist ohne die eigenen vier Wände nicht denkbar. So richtig das ist, so bedenklich ist der permanente Anstieg sowohl der Kaltmieten wie der längst als „zweite Miete“ bezeichneten Nebenkosten. Der Vollständigkeit halber sei auf die horrenden Preise für Wohneigentum als armutsentlastenden Faktor im Alter hingewiesen. Auch Rot, Grün, Dunkelrot und Co. üben sich seit Jahren in Kritik an der Entwicklung, sie machen mehr oder minder geeignete Vorschläge zur Behebung der Misere. Gebracht hat es unterm Strich wenig bis nichts, weil in einer Marktwirtschaft am Ende Angebot und Nachfrage über den Preis entscheiden. Erst recht bei Dut-zenden Interessenten für eine Wohnung. Und im Zweifel entscheidet ein diskret

überreichter Briefumschlag an den künftigen Vermieter. Oder der immer häufiger zu lesende Zusatz in Anzeigen, der Preis spiele keine Rolle. Jetzt verhindern die genannten Akteure im Wissen um dieses Problem den Bau von 3.000 Wohnungen und doch wird es sie nicht hindern, sich zukünftig erneut den schwarzen Peter zuzuschieben, wenn es wieder einmal um die Misere geht. Das politische Spiel gilt ihnen viel, die Wohnungssuchenden in Münster wenig. Wem das zu hart formuliert ist, der möge eine nachvollziehbar Erklärung für das Abstimmungsverhalten im Rat am 31. Januar liefern. Das leidige Thema Abschiebungen taugt dazu nicht, weil Abschiebungen nach einem rechtsstaatlichen Verfahren durch mehrere Instanzen exakt Ausdruck desselben sind. Doch soweit braucht nicht debattiert zu werden. Dass anerkannte Flüchtlinge ebenfalls eine bezahlbare Wohnung benötigen – dieser Gedanke muss am Abend des 31. Januar der knappen Ratsmehrheit gefehlt haben. d

